Nr. 400. 36. Jahrg.

Abend-Ausgabe.

15 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 9,— Mk., monatl. 3,— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 3,— Mk. exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6,25 Mk., für das übrige Ausland 10,25 Mk., bei täglich einmal. Zustellung 8,25 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.

Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Vglk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 1,50 Mk. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 60 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 40 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 50 Pfg., jedes weitere Wort 30 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1,50 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Donnerstag, den 7. August 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Die Gegenrevolution der Entente.

Die Ereignisse in Ungarn gehen ihren unerbittlichen Gang. Sie nehmen den Verlauf, den sie in einem Lande nehmen müssen, welches, von kapitalistischen Nachbarn umgeben, unter Nichtachtung der wirtschaftlichen und geschichtlichen Entwicklung seine eigene Politik zu treiben versucht. Das gewaltige Unglück, das über Ungarn hereingebrochen ist, und das in seiner ganzen Schwere naturgemäß von der Unterschicht, von den breiten Massen des Volkes am tiefsten empfunden wird, ist auf die verbrecherische Politik der Rätedikatoren zurückzuführen. Es war von vornherein vorauszusehen, daß die proletarische Diktatur in Ungarn sich auf die Dauer nicht werde halten können, aber die ungarischen Gewalthaber besaßen nicht das notwendige Verantwortlichkeitsgefühl, um an die Lage ihres unglücklichen Volkes nach ihrem Sturze zu denken. Anstatt sich zu sagen, daß Ungarn die Beute seiner imperialistischen Nachbarn, die nur auf seinen Fall lauerten, um sich darauf zu stürzen, sein werde, warteten sie sehnsüchtig auf die Weltrevolution und blickten hoffnungsvoll nach allen Ländern nah und fern hin in der Erwartung, daß ihnen von dort das Licht erstrahlen werde. Hierin haben sie sich getäuscht, wie sie sich mit ein wenig Einsicht allein hätten sagen müssen.

Die Folge war eine ganz andere. Die Rumänen nahmen den günstigen Augenblick wahr, überschwemmten das schwergeprüfte und völlig ohnmächtige Land und hausen dort nicht als Befreier von der bolschewistischen Herrschaft, sondern mit der ganzen Brutalität des schonungslosen Siegers. Ob der amerikanische Einfluß eine wesentliche Milderung des rumänischen Machtrausches herbeiführen wird, erscheint mehr als zweifelhaft.

Diese Tatsache sollte uns zu denken geben. Sie enthält alle die Parallelbilder, die ohne Entstellung der tatsächlichen Verhältnisse auf Deutschland, falls in ihm jemals die Räterepublik Regierungsform würde, übertragen werden könnten.

Zunächst würde es die Entente auch bei uns mit der Abschneidung der Lebensmittel- und Rohstoffzufuhr versuchen. Wenn aber dieses Mittel, obwohl es bei uns viel wirksamer sein müßte, versagen würde, dann würde sie, wie gegenüber Ungarn in den Rumänen, so uns gegenüber in den Polen und Tschechen willige Henkersknechte finden. Eine deutsche rote Armee dürfte bei den günstigen strategischen Angriffspositionen der Polen und Tschechen keine größere Widerstandskraft zu entwickeln imstande sein, als die ungarische gegenüber den Rumänen. Man werfe nicht ein: Rußland würde den Polen in den Rücken fallen — es hat auch die Rumänen nicht zurückhalten können, und die Entente würde auch ohne direkte militärische Hilfe geeignete Mittel und Wege finden, um die Russen von den polnischen Grenzen fernzuhalten. Berlin in den Händen der polnischen Soldateska — das wäre allerdings ein Grad der Schmach und Erniedrigung, aus dem sich Deutschland schwerlich jemals wieder würde emporarbeiten können.

Doch noch andere Rückschlüsse lassen sich aus dem hier angeführten Vergleich ziehen. Die Möglichkeit der Weltrevolution ist durch die Ereignisse in Ungarn auch für den größten Optimisten und Illusionisten in weite Ferne gerückt. Wohl aber haben wir uns mit der Frage der Gegenrevolution zu beschäftigen. Als nichts anderes denn als Gegenrevolution kennzeichnet sich nämlich das Vorgehen der Rumänen unter der stillschweigenden Billigung der Ententeführer. Denken wir an die mit allen Mitteln der Lüge, des Chauvinismus, der Volksverhetzung und der aufgepeitschten Leidenschaften geführten Feldzug der deutschen nationalistischen Kreise gegen die Friedensunterzeichnung, so enthüllt sich uns jetzt erst die Möglichkeit, die uns im Falle einer Ablehnung gedroht hätte, in schrecklicher Klarheit. Wie heute Ungarn, so wäre Deutschland das Aufmarschgebiet der feindlichen Heere geworden, und es hätte nicht vermocht, auch nur kurze Zeit den feindlichen Horden Widerstand zu leisten. Damit wären aber die Errungenschaften der Revolution in der größten Gefahr gewesen, von den siegreichen Ententeländern restlos beseitigt zu werden. An der ganzen Art, mit der sie die Friedensverhandlungen führten, war ersichtlich, daß ihnen der soziale und demokratische Geist, der durch das neue Deutschland weht, höchst unerwünscht war. So hätten sie für den Fall eines Einmarsches freudig die Gelegenheit benutzt, uns ihre Wünsche restlos aufzuoktroyieren.

Die Budapester Ereignisse des gestrigen Tages bieten dafür den schlagendsten Beweis. Die Vertretung der Entente hat das sozialdemokratische Ministerium zum Rücktritt gezwungen und ein Triumvirat, einen Dreimännerrat als oberste Gewalt eingesetzt, der den Habsburger Erzherzog Friedrich an der Spitze und daneben auch zwei rumänische Generale als neue Machthaber sieht. Ein von diesen abhängiger ehemaliger Sektionschef namens Friedrich ist zum Ministerpräsidenten befohlen worden.

Als äußeren Grund für das Einschreiten gibt die Entente an, daß die sozialdemokratische Regierung nicht die Gesamtheit der Nation vertrete. Ihrem Dreimännerrat mit einem Erzherzog an der Spitze aber wird die ganze Nation, alle Demokraten und Sozialisten eingeschlossen, voll Begeisterung zujubeln! Dabei war die sozialdemokratische Regierung auf dem besten und schnellsten Wege, sich das Vertrauen der Mehrheit der Nation zu erwerben. Sie hatte, kaum zur Macht gekommen, schon die Wahlen zur Nationalversammlung ausgeschrieben und allen Männern über 21 Jahre das Wahlrecht gegeben. Die Wahlen sollten nach dem Verhältniswahlsystem stattfinden; die Wahl sollte gleich, geheim und direkt sein.

Aber die Entente hat den Termin nicht abgewartet. Ihr lag nichts daran, den Willen des ungarischen Volkes zu ergründen, sondern ihr lag einzig und allein daran, die Sozialdemokratie, die organisierten Arbeiter, die Gewerkschaften aus ihrer Position zu werfen, sie zu verhindern, dem Lande Ruhe, Ordnung, Demokratie und Sozialismus zu bringen. Die Entente stützte sich dabei auf die rumänischen Bajonette und verschmäht nicht, einem Habsburger die Hand zu reichen und ihm die erste Stufe zur Wiedereinführung der Monarchie zu zimmern.

Die glatte Gegenrevolution der westlichen Demokratien mit Hilfe der brutalen Gewalt! Derselben kapitalistischen Demokratien, die nicht müde geworden sind, das Vorgehen der deutschen Imperialisten im Osten, in Kurland und Polen, zu verdammen und dagegen das demokratische Recht auf Selbstbestimmung der Völker anzurufen. In Ungarn kümmern sie sich wie anderswo nicht um dieses demokratische Recht; dort fallen sie den Sozialdemokraten in den Arm, die dieses Recht verwirklichen wollten.

An dem ganzen Unheil trägt die ungarische Räterepublik die alleinige Schuld. Mit der Aufrichtung der Diktatur hat sie die Gewalt gerufen. Durch die Gewalt ist sie gestürzt worden. Die Gewalt geht weiter ihren Weg. Die Sozialdemokratie ist verhindert worden, Recht und Gesetz, Ordnung und Vernunft herzustellen, als dies noch möglich war. Nachdem die Räterepublik das ganze Land in einen einzigen Trümmerhaufen verwandelt hatte, war es ihr nicht mehr möglich, das Vernichtete in wenigen Tagen wieder aufzubauen.

Da griff die gegenrevolutionäre Entente zu. Sie schiebt die Sozialdemokratie mit militärischer Macht beiseite und regiert allein im Lande. Im Bunde mit einem Sproß der Habsburger!

Die ungarischen Ereignisse zeigen, wie richtig die deutsche Sozialdemokratie handelt, wenn sie all ihre Kraft daransetzt, unser Land vor den Wirren der Diktatur und des Rätesystems nach kommunistischer Auffassung zu bewahren. Das Ende würde dasselbe sein, wie es jetzt in Ungarn eingetreten ist.

Denn die kapitalistischen Regierungen der Entente lauern nur darauf, die organisierte Arbeiterschaft überall aus der Machtposition zu werfen, die sie sich durch die Revolution erkämpft hat.

Um dieses große kapitalistische Ziel zu erreichen, verbinden sich in Ungarn die Führer der westlichen Demokratien selbst mit dem Sproß einer eben erst davongejagten, bisher feindlichen Dynastie. Und das würden sie überall tun, wo ihnen durch kommunistische oder unabhängige Unterminierung die Gelegenheit dazu geboten wäre.

Die deutschen Arbeiter mögen daraus lernen.

Der englische Polizistenstreik.

Die streikenden Polizisten in Liverpool suchen auf jede Weise einen allgemeinen Streik herbeizuführen. Die Gemeindearbeiter haben der „Times" zufolge gestern ihre Zustimmung zum Streik der Straßenbahnangestellten ausgesprochen und beschlossen, nach 24 Stunden die Arbeit niederzulegen, wenn die Forderungen des Straßenbahnpersonals und der anderen Gemeindearbeiter nicht bewilligt werden. Infolge dieses Beschlusses wird heute allen Gemeindebediensteten, u. a. auch den Elektrizitätsangestellten, gekündigt werden.

Rückkehr deutscher Kriegsgefangenen.

Im Laufe dieser Woche sind auf dem Uebergangsbahnhof Deutz über 800 deutsche Kriegsgefangene eingetroffen, und zwar in englischen Lazarettzügen aus englischen Gefangenenlagern in Nordfrankreich; insgesamt 765 Mannschaften, darunter 75 aus dem besetzten Gebiet.

Im „freien, gleichen" Polen.

Die seit mehreren Monaten mit aller Strenge durchgeführte Grenzsperre seitens der polnischen Behörden hat es bisher verhindert, zuverlässige Nachrichten über das Schicksal unserer in polnische Grenzen hineingezwungenen Genossen hinausgelangen zu lassen. Jetzt endlich ist es einem Parteimitglied gelungen, einen ausführlichen Bericht über den Stand unserer Bewegung nach Bromberg zu bringen, von wo aus er dem „Vorwärts" zur Verfügung gestellt wird.

„Böse Tage," schreibt der Genosse, „liegen hinter uns und bösere noch sind vielleicht in nächster Zukunft für unsere Bewegung in Posen zu erwarten. Die schwärzesten Zeiten der preußischen Reaktion waren immer noch erträglicher, als der seit nun sieben Monaten anhaltende Druck der neuen polnischen Diktatoren, die sich, der Kuckuck weiß es, mit welcher Berechtigung, „Demokraten" nennen. Seit dem 27. Dezember v. J., jenem denkwürdigen Umsturztag, an dem der jetzige Ministerpräsident Paderewski vor dem Posener Bazargebäude dem polnischen Volke ein „freies, gleiches" Polen versprach, in dem der arbeitenden Masse als der Trägerin des neuen Staats der Hauptanteil an der politischen Gewalt feierlich zugesichert wurde — seit diesem Tage begann eine beispiellose Aera der politischen und wirtschaftlichen Entrechtung der deutschen wie polnischen Arbeiterschaft.

Die erste Maßnahme war die sofortige Auflösung des Arbeiterrats, der zur Hälfte aus Mitgliedern der S. P. D. bestand, deren Einfluß als einer angeblich deutschen und „chauvinistischen Partei" ausgeschaltet werden mußte. „Das polnische Volk", schrieb damals der mit Haut und Haaren den Korfanty und Adamski verkaufte „Kurjer Poznanski", ist politisch so reif und durchgebildet, daß es dieser deutsch-jüdischen Erfindung, dem Sozialismus, niemals Existenzberechtigung in dem neuen Polen einräumen wird. Darum, polnische Arbeiter, heraus aus der S. P. D., heraus namentlich aus den freien Gewerkschaften."

Dieser Appell blieb nicht unbefolgt, wobei das von dem früheren deutschen Reichstagsabgeordneten Nowicki geführte Lager des „Narodowe Stronnictwo Robotnikow" (Nationale Arbeiter-Partei) Handlangerdienste leistete und eine starke Abwanderung aus den Gewerkschaften nach den gelben Berufsorganisationen veranlaßte. Trotzdem konnten wir noch mit zirka 1000 Mitgliedern den

Wahlkampf bei den Stadtverordnetenwahlen

aufnehmen, deren Resultat ein Mandat (von 60 Sitzen) unseres Genossen Matuszewski, des Gewerkschaftssekretärs des Holzarbeiterverbandes, war. Dieses bescheidene Ergebnis war auf die verfehlte Politik der bürgerlichen Elemente Posens zurückzuführen, die eine nationale Blockliste aufgestellt hatten, die ihnen zwar 17 Sitze einbrachte, deren Inhaber aber, des Polnischen unkundig, in dem nur polnisch verhandelnden Stadtparlament zur Bedeutungslosigkeit verurteilt sind. Natürlich stimmten sie als brave Kapitalisten — die Sorte ist doch überall die gleiche — in wirtschaftlichen Fragen stets mit der polnischen Rechten.

Eine weitere Ursache unseres Wahlmißerfolgs war auch die Stellung der P. P. S., der Polnischen Sozialistischen Partei. Getreu ihrem Programm, das extrem nationalistisch ist, wollten die polnischen Genossen keine gemeinsame Kampffront mit uns bilden. Sie stellten ebenfalls eine eigene Liste auf, die bei den damals schwachen Kräften der P. P. D. und ihrer mangelhaften Organisation überhaupt keinen Erfolg hatte. Wohl unter dem verärgernden Einfluß dieses Fiaskos lehnten sie es auch ab, die Maifeier mit uns gemeinsam zu begehen. Ungeachtet dessen verlief die von uns im Schützengarten in Solatsch trotz aller behördlichen Schikanen — Umzug war verboten — veranstaltete Feier überaus würdig und erhebend. War es doch das einzige Fest, was die Deutschen der Stadt Posen seit langem wieder vereinigte. Tausende hatten sich eingefunden, darunter viele Bürgerliche, die an dem vom Genossen Flauter mit Geschick zusammengestellten Programm: Konzert, künstlerische Vorträge erster Stadttheater-Kräfte, Tombola, Topfschlagen und Zirkusvorstellung für die Kleinen, ihre Freude hatten. Mit Recht wies Genosse Cancke in seiner Festrede auf die hohe Bedeutung dieser internationalen Feier der Solidarität und der Völkerverbrüderung gerade auf unserem von nationalen Leidenschaften durchtobten Posener Boden hin.

Hatten Partei und Gewerkschaft bis jetzt trotz aller polizeilichen Ueberwachungen, Haussuchungen, der Briefzensur und aller anderen Segnungen des Belagerungszustandes zur Not ihr Dasein fristen können, so wurde es wie mit einem Schlage anders, als die

Wahlen zum polnischen Reichstag,

der in Warschau tagt, ausgeschrieben wurden. Den Bemühungen der Genossen Krahn, Cancke und Poranskiewicz von der P. P. S. war es inzwischen gelungen, wenn auch keine Verschmelzung, die wir aus taktischen Gründen für verfehlt hielten, so doch ein Kompromiß zustande zu bringen. Danach beschloß die S. P. D. entgegen der Parole Wahlenthaltung des Deutschen Volksrats, die wohl durch staatsrechtliche Erwägung und durch Bedenken materieller Natur

bikiert wurde, geschlossen für die Liste der P. P. S. einzutreten. Diese Liste, an deren Spitze der erste polnische Ministerpräsident Gen. Moraczewski stand, trug dicht dahinter auch die Namen einiger unserer Genossen, wie Matuszewski, Gancke, Eitner u. a. Wir deutschen Sozialdemokraten hielten es für unsere sozialistische Pflicht, unsere im harten Kampf gegen die polnische klerikal-chauvinistische Reaktion stehenden polnischen Genossen zu unterstützen, und begannen mit einer energischen und planmäßigen Agitation, namentlich unter den bürgerlichen deutschen Elementen. Durch Zeitungsinserate, Flugblätter, Versammlungen in der ganzen Provinz sollte dem Deutschtum klar gemacht werden, daß schon politische Klugheit und Einsicht jeden Deutschen zwingen mußten, Sozialisten zu wählen, damit die klerikal-chauvinistische Mehrheit im polnischen Landtag durch Zuzug von Sozialdemokraten geschwächt werden konnte.

Aber mit beispiellosem, in Kulturländern ungewohntem Terror wurde unsere Agitation von den Posener Machthabern unterdrückt. Unter Führung von Geistlichen und polnischen Schlachtasprossen wurden bezahlte Banden mobil gemacht, die

jede Versammlung, deutsche wie polnische, sprengten,

Vorsitzende, Redner und Teilnehmer in bestialischer Weise mißhandelten und lebensgefährlich verwundeten.

Den Auftakt dazu gab die Anwesenheit des Vizepräsidenten des polnischen Landtages in Warschau, Genossen Moraczewski, gegen den von der im Solde der Naczelna Rada stehenden polnischen Presse ein unbeschreibliches Kesseltreiben inszeniert wurde. Der „Kurjer Poznanski", „Postey", „Orednik" forderten ihre urteilslosen, fanatisierten Horden offen dazu auf, den sozialistischen Redner zu lynchen, was zweifellos geschehen wäre, wenn nicht die deutschen und polnischen Genossen einen Wall um ihn gebildet hätten, als er im Saal der „Villa Flora" in Posen vor 10- bis 12 Tausend Zuhörern zu sprechen versuchte. Nur mit Mühe konnten Moraczewski und die Führer unserer Partei durch Polizeifunktionäre, die Parteigenossen sind, vor der Wut dieser polnischen Kulturträger geschützt werden. Den Gipfel des Zynismus erklomm wohl der Polizeipräsident von Posen, Rzepecki, der nach Abzug unserer Genossen eine begeisterte Wahlrede für seine Partei hielt.

Schlimmer erging es uns einige Tage darauf, wo eine Versammlung der P. P. S. in Glowno bei Posen mit Hilfe von Gendarmen gesprengt, die Genossen Porankiewicz, Przybylski, Mikolajczak, Pwardowski, die Genossinnen Gulinska, Pwardowska

geschlagen, getreten und so elend zugerichtet

wurden, daß sie wochenlang ans Bett gefesselt waren. Am gleichen Abend wurde unsere von ca. 2000 Personen besuchte Versammlung, kaum daß der Vorsitzende Genosse Gancke sie eröffnet, wiederum mit Gewalt, mit Stuhlbeinen und Knüppeln auseinandergejagt, alles unter den Augen der Polizei, die tatenlos zusah, dafür aber den Genossen Gancke, als er in etwas drastischen Worten auf diese merkwürdige Objektivität hinwies, kurzerhand verhaftete und unter wüsten Beschimpfungen und Mißhandlungen nach dem Polizeipräsidium abführte. Schwer verletzt wurde derselbe Genosse auch in Schwersenz, wo nach einer gesprengten Versammlung durch dieselbe Horde Deutschenpogrome inszeniert wurden, die erst mit Hilfe von aus Posen telephonisch beorderten Truppen eingedämmt werden konnten.

In Wreschen, in Ostrowo das gleiche Schauspiel, nur in Gnesen hatten wir einmal Gelegenheit, den nationalen Radaulümmeln die Prügel heimzuzahlen, da die ganze Garnison geschlossen für die sozialistische Liste eintrat und alle unsere Versammlungen mit Waffengewalt beschützte.

Um uns jede Propaganda und Agitation unmöglich zu machen, wurde von der Naczelna Rada alles Zeitungspapier beschlagnahmt. Da wir jedoch auf buntem Papier weiterdrucken ließen, ließ der schon genannte Polizeipräsident aus dem Parteibureau heraus alle Flugblätter beschlagnahmen, so daß wir 2 Tage vor der Wahl jede Agitationstätigkeit einstellen mußten. Um aber auch die Deutschen von der Ausübung des Wahlrechts, das ohnehin schon nur den in der Provinz Posen geborenen Deutschen zustand, abzuschrecken, wurden in der Presse denjenigen Repressalien angedroht, die trotzdem für die sozialistische Liste stimmen sollten. Damals schon kannten viele die Annehmlichkeiten des Internierungslagers Szczypiorno, so daß natürlich die meisten Deutschen Wahlenthaltung vorzogen. Es bedurfte aber trotzdem unglaublicher Wahlfälschungen, um unsere Stimmenanzahl in dem amtlichen Resultat auf ca. 11 000 herabzudrücken, wonach wir nicht einen einzigen unserer Kandidaten durchdrücken konnten. Tausende von Protesten gegen diese an Zustände auf dem Balkan erinnernden Wahlfälschungen haben wir gesammelt und der Warschauer Regierung zur Verfügung gestellt.

Heute hat auch das polnische Volk längst eingesehen, wozu man seinen nationalen Taumel mißbraucht hat. Namentlich die schmähliche Rolle, die der Führer der Nationalen Arbeiterpartei, Abgeordneter Novicki, in diesem Kuhhandel gespielt hat, treibt die Massen mit Macht der P. P. S. zu. Wie jetzt bekannt geworden ist, hat man ihm für den Verrat der polnischen Arbeiterschaft den 2. Bürgermeisterposten in Posen zugedacht, aber noch hat er es nicht gewagt, ebensowenig wie die Korfanty und Adamski, in Posen zu erscheinen. „Wichtige Arbeiten," heißt es, „halten sie noch in Warschau zurück." Inzwischen pfeifen die Vertreter des reaktionären Regimes auf dem letzten Loch und versuchen, durch Verhaftungen und Internierungen unserer Führer wie der Führer der P. P. S. der täglich zunehmenden Gärung unter den Massen Einhalt zu tun. Vergeblich. Auch die letzte Stütze aller Reaktionäre, das Militär, beginnt zu wanken. Immer mehr wird's zur Gewißheit, daß auch in dem neuen Polen die Erkenntnis dämmert: Unser ist die Zukunft!

Der englische Friedensfühler.

Der kurze Bericht, den wir gestern über die Beantwortung einer Anfrage im Londoner Unterhaus über die Weimarer Enthüllungen betreffs des Friedensangebots gegeben hatten, liegt heute im Wortlaut vor. Obwohl die Darstellung nichts Neues enthält, sei sie ihrer Wichtigkeit halber nochmals ausführlich mitgeteilt.

Der Major Kennworth fragt den Minister des Aeußern an, ob die Aufmerksamkeit auf die in der Nationalversammlung in Weimar durch Erzberger und in Paris durch Painlevé abgegebenen Erklärungen betreffend das Friedensangebot, welches Deutschland durch die Alliierten im August 1917 gemacht worden sein soll, gelenkt worden ist, ferner ob im August und September 1917 zwischen dem britischen Gesandten beim Vatikan und dem deutschen Reichskanzler durch Vermittlung des Heiligen Stuhles Noten ausgetauscht wurden, ob diese Initiative von der britischen oder von der deutschen Regierung ergriffen wurde, und wann die Dokumente, welche auf diese Debatte Bezug haben, veröffentlicht werden.

Der englische Unterstaatssekretär erwiderte: Am 31. August 1917 erhielt der britische Gesandte beim Vatikan Instruktionen dahingehend, den Kardinalstaatssekretär dahin zu unterrichten, daß die britische Regierung nicht sagen könne, welche Antwort im gegebenen Falle auf die Friedensvorschläge des Papstes erteilt würden, denn sie hätte ihre Alliierten noch nicht befragen können, und daß es für alle Fälle unnütz erscheine, die Herbeiführung eines Abkommens zwischen den kriegführenden Mächten zu suchen, bevor die Zentralmächte einige Angaben über die Ziele, zu deren Erreichung sie den Krieg fortsetzten, gegeben hätten.

In seiner Antwort schränkte Gasparri das Aktionsfeld ein und teilte mit, daß die deutsche Regierung ihre Absicht kundgeben ließ, die Unabhängigkeit Belgiens wiederherzustellen, indem sie sich auf die Resolution des Reichstags zugunsten eines annexionslosen Friedens stützte. Der Vertreter Englands meinte, daß die britische Regierung keinen authentischen Text dieses Dokuments besitze, welches übrigens nicht genüge. Denn der Reichstag habe keine Vollmacht, über diesen Punkt zu entscheiden.

Am 24. August teilte der Kardinal mit, daß folgendes Telegramm als Antwort auf das britische Telegramm abgesandt würde: „Der Kardinalstaatssekretär behält sich vor, auf das Telegramm zu antworten, nachdem er von Deutschland eine formelle Erklärung über Belgien erhalten hat." Kardinal Gasparri fragte den englischen Vertreter um seine Meinung über diese Antwort. Dieser letztere antwortete, daß eine Erklärung über Belgien wünschenswert erscheine, denn die Frage sei wichtig, insbesondere für Großbritannien.

Als die britische Regierung den Bericht über diese Unterhandlungen erhalten hatte, fügte sie bei, daß es unzweckmäßig sei, sich in fragmentarische Diskussionen dieser Frage hineinziehen zu lassen, und daß die Zentralmächte, wenn sie zu Verhandlungen bereit seien, ihre Friedensbedingungen im einzelnen bekanntgeben sollten. Der englische Vertreter erhielt infolgedessen Instruktionen, in welchen er aufgefordert wurde, in keiner Weise in die Verhandlungen des Vatikans und Deutschlands einzugreifen und sich, wenn man ihn von neuem um die Bekanntgabe seiner Ansicht fragen würde, zu weigern, sie bekanntzugeben. Dabei blieb es. Denn die deutsche Regierung gab keine Erklärung über Belgien ab. Es ist deshalb klar, daß die britische Regierung zu dieser Zeit Deutschland kein Friedensangebot machte, doch war sie natürlich bereit, im Einvernehmen mit den Alliierten jeden aufrichtigen Vorschlag zur Herbeiführung des Friedens zu prüfen, den sie von der deutschen Regierung hätte empfangen können.

Diese Darstellung bestätigt die Meldung vom gestrigen Tage und den Kommentar, den wir an sie geknüpft hatten, in vollem Umfange. Wir freuen uns feststellen zu können, daß die alldeutsche Presse genau in der von uns prophezeiten Weise auf die Meldung reagiert hat. Unsere Voraussage, sie würde ein lebhaftes Triumphgeschrei anstimmen, ist der „Deutschen Tageszeitung" offenbar sehr peinlich, denn sie bemüht sich, ihren freudigen Ton ein wenig herabzustimmen und verfällt dafür in ihren gewohnten Fehler: sie schimpft und beschuldigt. Was sie uns vorwirft, ist natürlich Irreführung des deutschen Volkes und Unwahrheit der in Weimar gemachten Enthüllungen.

Für den, der sehen will, wie die Dinge liegen, ist die Sache trotzdem sonnenklar. Einer siegreichen imperialistischen Regierung wie der englischen ist es natürlich peinlich zuzugestehen, daß sie sich einmal in einer Lage befand, in der auch für sie der Frieden das Beste war. Deshalb sucht sie krampfhaft abzuschwächen. Trotz der Zustimmung, die sie in der alldeutschen Presse findet, müssen wir feststellen, daß ihr das nicht gelingt. Sie bestätigt lediglich die Tatsache, daß die belgische Frage und ihre befriedigende Beantwortung für sie die Vorfrage zu weiteren Friedensschritten war. Sie bestätigt die von uns in der gebührenden Weise gegeißelte Tatsache, daß die deutsche Regierung, der damalige Reichskanzler Michaelis an der Spitze, den Reichstag, die Siebener-Kommission, den Hauptausschuß und das ganze deutsche Volk in der schamlosesten Weise belogen und betrogen hat, indem sie sich offiziell auf den Boden der Friedensresolution stellte, insgeheim aber in edler Uebereinstimmung mit der Militärkamarilla Politik auf eigene Faust, „wie sie sie auffaßte", trieb. Diese Tatsachen sind nun einmal nicht aus der Welt zu schaffen, so peinlich sie auch der nationalistischen Presse sein mögen. Wir werden sie wieder und wieder wahrheitsgemäß dem Volke verkünden und freuen uns der von der „Deutschen Tageszeitung" bestätigten Tatsache, daß die Presse der Linken von den breiten Massen des Volkes gelesen wird, wonach der Rückschluß auf den Umfang des alldeutschen Leserkreises nicht zu schwer sein dürfte.

Eine Einladung an Belgien.

„Soir" teilt mit, daß das Ministerium des Auswärtigen heute ein Telegramm von Foch erhalten hat, worin Belgien eingeladen wird, das Gebiet von Malmedy, das durch den Friedensvertrag dem belgischen Gebiet angefügt wurde, militärisch zu besetzen und in Verwaltung zu nehmen.

Rückkehr nach Wien. Nach Ueberreichung der Note ist heute abend Staatskanzler Renner mit dem größten Teil der Delegation nach Wien zurückgereist.

Ankunft deutscher Zivilpersonen. Gestern sind mit dem Dampfer Lutterworth 198 deutsche Zivilpersonen aus England in Rotterdam eingetroffen.

Spartakusplakat.

Der Spartakusbund läßt Plakate ankleben. Auf ihnen ein junger Arbeiter, der ein riesiges zweihändiges Schwert gegen einen vielköpfigen Drachen schwingt. Für Denkfaule hat jeder Kopf eine Bezeichnung bekommen wie: Neuer Militarismus, Agrarierturn, Bureaukratismus usw.

Wir danken Spartakus für dieses Plakat: treffender konnte kein Fremder seine Ziele zeichnen.

Ja, das ist Spartakus, ein Mensch, der auf den Staat mit einem Schwert einhaut, der die Köpfe des Staates abschlagen will —

Und dann?

Ja — und dann verblutet der Staat und Spartakus ist glorreicher Sieger. Niemand kann es leugnen, er hat alles Schiefe und Schlechte mit scharfem Schwert getötet. Zwar verblutete der wundgeschlagene Staatskörper, aber alles Faule war auch getötet.

Ein radikales Mittel, besser noch als das biblische: „Aergert Dich Dein rechtes Auge, so reiß es aus und wirf es von Dir."

Lassen wir Spartakus den Ruhm, alles Schlechte töten zu wollen! Unserer sei ein anderer!

Unser Wollen sei, neue Säfte dem Gesellschaftsorganismus zuzuführen, die die alten verdrängen, unschädlich machen, von innen heraus den Körper gesunden, nicht in seinen feinsten Keimen zu Tod verwunden.

Neue Saat in die bestehende Erde zu senken, das sei unsere Arbeit!

Unser Bild sei ein Sämann, der rüstig ausschreitet und Samenkörner in frischgepflügte Erde senkt, säend, um ernten zu können — den Schlächter, den Henker, das zerstörende, verwüstende Schwert behalte Spartakus als Sinnbild —

wir aber wollen den Pflug!

Eine Lösung der Alkoholfrage.

Eine der wenigen segensreichen Erscheinungen des Krieges war der außerordentlich starke Rückgang des Alkoholismus. Dr. W. Schweisheimer weist in der Münchener „Medizinischen Wochenschrift" darauf hin, daß die Zahl der wegen Alkoholismus in den deutschen Anstalten für Geisteskranke aufgenommenen Kranken von 8148 männlichen und 882 weiblichen Insassen am 1. Januar 1914 auf 1896 männliche und 295 weibliche am 18. Dezember 1918 sank. Die Zahl der neu aufgenommenen Alkoholisten betrug 1914 noch 6880 männliche und 541 weibliche, 1916 dagegen nur 1966 männliche und 260 weibliche Personen. Auch alle bisher veröffentlichten Angaben der psychiatrischen Universitätskliniken verzeichnen übereinstimmend einen Rückgang der alkoholischen Erkrankungen während des Krieges, namentlich in den letzten 2—3 Kriegsjahren. Gezwungen zu dieser tatsächlichen Einschränkung des Alkoholverbrauches hat bisher allein die Not, und zwar war die wichtigste Ursache die Einschränkung der Biererzeugung. Einmal ist nicht genügend Bier vorhanden, um es in beliebigen Mengen zu genießen; vor allem aber beträgt der Gehalt des Kriegsbieres weniger als 1 Proz., ist also praktisch als alkoholfrei zu bezeichnen. Da es technisch nicht möglich ist, ein derartig alkoholschwaches Bier herzustellen, so wird das Kriegsbier zunächst in derselben Stärke wie das Friedensbier gebraut und dann durch reichlichen Wasserzusatz auf seinen Ausschankgehalt verdünnt. „Uebrig bleibt ein auch in der veränderten Gestalt bei entsprechender Vorbehandlung und Pflege oft (?) angenehm schmeckendes durststillendes Getränk, dessen Nährwert ebenso wie sein Alkoholgehalt gleich Null ist."

Da mit dem allmählichen Eintreten geregelter Verhältnisse auch die Ursachen fortfallen müssen, die zur Abnahme des Alkoholismus geführt haben, so ist zu erwarten, daß ohne Gegenmaßnahmen die früheren schweren Schädigungen der Volksgesundheit wieder auftreten. Für den geringeren Verbrauch der Weine und Schnäpse wird schon die Teuerung dieser alkoholischen Luxusgetränke sorgen. Das hauptsächlichste und weitverbreitetste alkoholische Getränk ist aber in den meisten Teilen Deutschlands das Bier, und dieser Jahrhunderte alten Gewohnheit des Biergenusses muß man entgegenkommen, will man Erfolg sehen. „Wenn man sich von einem völligen Bierverbot bei der Bekämpfung des Alkoholismus niemals etwas erwarten darf, so scheint es doch möglich, auf dem Wege der Beibehaltung des Kriegsbieres auch im Frieden, dem Alkoholmißbrauch erfolgreich entgegenzutreten. Diese Bierart, deren Einbürgerung sich nach anfänglichem Widerstreben überall als durchführbar erwiesen hat, wäre dann als „Bier" schlechthin zu bezeichnen. Es dürften Jahre vergehen, bis die Herstellung des ehemaligen, drei und mehr Prozent enthaltenden Friedensbieres wieder möglich sein wird, ohne die Volksernährung zu gefährden. Bis dahin ist die Gewöhnung an das ehemalige Friedensbier, der schlimmste Feind jeglicher Aenderung, noch weiter geschwunden, als es bereits jetzt der Fall ist, und die Forderung nach seiner Wiedereinführung verstummt oder schwach geworden."

Das dünne, alkoholentbehrende nährstoffarme Bier muß aber freilich dann viel billiger werden, damit es den Verbrauchern möglich ist, sich anderweitig die Nährwerte zu beschaffen, die sie früher im Bier der Vorkriegszeit zu sich genommen haben.

Die Erdbebenkatastrophe auf Java.

In Holland sind jetzt nähere Nachrichten über das furchtbare Erdbeben eingetroffen, das am 19. Mai auf Java stattfand und das zwischen 40 000 und 50 000 Menschen das Leben gekostet hat. Die meisten der Umgekommenen wurden buchstäblich in den Strömen heißen Wassers gekocht, die aus dem Krater niederstürzten. Ein Augenzeuge berichtet hierüber: Die Katastrophe kam vollkommen unerwartet, und es war auch keiner der bekannten großen Vulkane auf Ostjava, der in Tätigkeit war. Es war der Kloet, ein Berg von 1733 Meter Höhe, der 1252 Meter über seinem Fuß einen Kratersee trägt. Der See maß ungefähr 1000 Meter im Durchmesser und enthielt etwa 40 Millionen Kubikmeter Wasser. Eine Viertelstunde nach dem Beginn des vulkanischen Ausbruchs wurde die Stadt Blitar, die unter dem Krater liegt, von kochendem Wasser überschwemmt, daß alles fortritz, was es auf seinem Wege traf. Der Wasserstrom, der auch riesige Massen von Sand mit sich führte, war mehrere Kilometer breit. Etwas ähnliches hat man nie vorher auf Java gesehen. Häuser, Bäume, Eisenbahnzüge, alles wurde von dieser kochenden Sündflut fortgerissen, und es spielten sich herzzerreißende Szenen ab. An einer Stelle sah man, wie eine Mutter, wahnsinnig vor Schreck, mit ihrem kleinen Kind auf dem Arm zum Fenster hinaussprang und im nächsten Augenblick in dem kochenden Wasser umkam. An anderen Orten suchte die Bevölkerung Rettung auf den Hausdächern; aber die Häuser stürzten unter ihnen zusammen, und sie starben unter gräßlichen Qualen eines fürchterlichen Todes. Ganze Stadtviertel wurden rasiert. Ein Eisenbahnzug, der die Leute aus der Stadt bringen wollte, wurde aus den Schienen gehoben, und man mußte ihn später aus einem Sandhügel herausgraben. Erst hinter dem Bahnhof kamen die Wassermassen zum Stehen. Fünf Tage nach der Katastrophe wagte sich ein Geologe auf den Krater hinauf. Nicht ein Tropfen war mehr von dem früheren See übrig. 40 Millionen Kubikmeter Wasser hatten sich über Blitar ergossen.

Die Natur scheint bei Vulkanausbrüchen grausam erfinderisch in der Wahl ihrer Mittel zu sein: Die Bewohner von Pompeji und Herculanum wurden unter Aschenbergen begraben; der Ausbruch des Krakatau im Sunda-Archipel richtete durch eine ungeheure Flutwelle, die mittlerweile ins Land drang und alles Leben vernichtete, Verheerungen an; beim Ausbruch des Mont Pelée auf Marinique erstickten die Bewohner der Stadt in einer Wolke glühenden Gases und bei dieser letzten Katastrophe auf Java kamen die Menschen in kochendem Wasser um.

Notizen.

— Das Jenenser Phyletische Museum, das den Forschungen der Entwicklungslehre dient, ist hervorgegangen aus einer Idee Ernst Haeckels. Man weiß das nicht anders und nahm bisher an, daß des greisen Gelehrten letzte Schaffensfreude dieser Anstalt diene. Jetzt stellt sich heraus, daß Haeckels Nachfolger auf dem Lehrstuhl für Zoologie in Jena, Professor Dr. Plate, dem Meister die Mitarbeiterschaft an der Ausgestaltung des Museums unmöglich gemacht hat. Wie Prof. H. Schmidt feststellt, hat Plate bald nach der Uebernahme der ihm von Haeckel selbst übertragenen Direktion rund heraus erklärt: „Ich bin hier Direktor und Sie haben hier nichts zu sagen, Sie haben sich allen meinen Anordnungen unbedingt zu fügen!"

Plates Verfahren, das eine Verfündigung ist, hat Haeckel, wie Schmidt sagt, zehn Jahre seines ehrwürdigen Alters verbittert. Die Sache kommt jetzt an den Tag, weil Plate in Aeußerungen über die Entstehung des Museums das Verdienst Haeckels an dieser Schöpfung in sehr übler Form zu schmälern versucht hat. Schmidt stellt nun öffentlich fest, daß Plate „gewiß das lobenswerte Verdienst habe, ein gegebenes Programm gut ausgeführt zu haben". Das Programm aber ist hervorgegangen aus der Lebensarbeit Haeckels. Das hätte in Jena am allerwenigsten von dem Nachfolger Haeckels gering geschätzt werden dürfen.

Die provisorischen Statuten der Internationale

Aus Luzern wird gemeldet: Die heute angenommenen provisorischen Statuten berücksichtigen folgende Gesichtspunkte und Ziele:

1. **Politische und wirtschaftliche Organisation der Arbeiterklasse zur Eroberung der politischen Macht und Sozialisierung der Produktion und der Austauschmittel durch Ersetzung des kapitalistischen Systems durch die sozialistische und kommunistische Gesellschaft.**

2. **Internationale Einheit und Aktion für die Organisation des wahren Völkerbundes, Kampf gegen Chauvinismus und Imperialismus, allgemeine Abschaffung des Militarismus und der Rüstungen.**

3. **Vereinigung der Interessen aller unterdrückten Völker.**

4. **Zusammenfassung der politischen Kräfte der Genossenschaften und Gewerkschaften, die weiter als autonome Körperschaften betrachtet werden, um gemeinsam im internationalistischen und revolutionären Geist zur Erhaltung des Weltfriedens vorzugehen.**

Dazu meldet unser Luzerner Vertreter, daß die Uebermittlungsverhältnisse die Mitteilung der programmatischen Einleitung obiger Gsichtspunkte im Wortlaut nicht gestatten. Er stellt nur fest, daß sich diese Erklärungen in den Bahnen und Ausdrucksformen der Sozialdemokratie vor dem Kriege und vor der Parteispaltung bewegen. Wir tragen den Wortlaut nach, sobald er in unsere Hände gelangt.

Heute geben wir die Fortsetzung des eigenen laufenden Berichts:

Vliegen führte weiter aus: Solange die Arbeiterräte Kampforganisationen sind, sind sie politisch und daher auch in die politischen Organisationen einzureihen; wenn sie aber durch die Gesetzgebung organisiert sind, dann kann es auch nichtsozialistische Räte geben und diese gehören natürlich nicht in die Internationale. Es ist Sache der nationalen Sektionen, über eine Vertretung der Arbeiterräte in der Internationale zu entscheiden. Vliegen bemerkte weiter, daß

nicht eine neue Internationale

gegründet werde, sondern die alte wiederhergestellt werden soll. Der Name des Internationalen Bureaus wird geändert in „Internationaler Rat". Was die Kraft der Kongreßbeschlüsse anlangt, so kann jede angegliederte Sektion dem Exekutivkomitee jeden Verstoß gegen die Grundsätze melden, worauf das Exekutivkomitee eine Untersuchung anstellt und dem Internationalen Kongreß das Ergebnis vorlegt. Die Einberufung eines Internationalen Kongresses muß auch dann erfolgen, wenn Sektionen, die zusammen ein Drittel der Stimmen darstellen, es verlangen. Jede nationale Sektion zahlt jährlich mindestens zwanzig Pfund Sterling pro Stimme.

Chasanowitsch (Palästina): Die Anträge von uns und den Unabhängigen sind nicht genügend beachtet worden. Die Internationale vor dem Krieg war ein Ideal, sie soll jetzt eine Realität werden. Wir sind in einer Zeit großer sozialistischer Umwälzung.

Der Völkerbund in seiner jetzigen Gestalt dient der Reaktion.

Die Internationale muß sein Gegengewicht sein. Im Statut fehlt der Hinweis darauf, daß wir die politische Macht durch den Klassenkampf erobern wollen. Ein Vorzug ist es, daß der Kampf gegen die Unterdrückung von Völkern in unserem Statut aufgenommen wird. Wir müssen dahin streben, daß auch diejenigen, die heute kein Vertrauen zur Internationale haben, sich ihr anschließen.

Crispien (U. S. P.): Die wahre Demokratie kommt erst, nachdem durch die Diktatur des Proletariats der Kapitalismus besiegt sein wird. Die Gewerkschaften können das nicht, sondern nur die politischen Organisationen. Wie kann eine neue Internationale vorübergehen an den Räten. In Deutschland stehen den gesetzlich abgestempelten stubenreinen Räten die revolutionären Räte entgegen. Das Organisationsstatut enthält auch keinen Hinweis auf den Beschluß der einheitlichen Aktion des Weltproletariats.

Mistral (französische Mehrheit) beantragt eine Anzahl Aenderungen im Statut, die den Inhalt nicht betreffen, aber die Form so stellen, daß der revolutionäre Geist des Sozialismus stärker zum Ausdruck kommt. Hierbei wird jedoch, so fügt Mistral hinzu,

keineswegs an eine gewaltsame Revolution gedacht.

Mokkenbuhr nimmt die Vorschläge Mistrals an und führt aus, daß es weniger auf den Wortlaut des Statuts ankommt, als auf die Einigkeit, zu der das Proletariat der ganzen Welt zusammengeschweißt werden müsse, denn wenn auch nicht jetzt, so **wird doch später sehr bald der Friedensvertrag erkannt werden als Kriegserklärung des internationalen kapitalistischen Imperialismus an das Proletariat der ganzen Welt!**

Bauernfreunde und Judenfresser.

In der in weitesten Kreisen unbekannten „Belgarder Zeitung" macht sich ein namenloser Journalist von seinem Haß gegen die Juden im allgemeinen sowie gegen die deutsche Regierung im besonderen Luft. In einem Artikel, dessen Niveau so tief steht, daß er auch den Ansprüchen des letzten pommerschen Grenadiers nicht genügen dürfte, sucht das edle agrarische Organ in verhüllter Form die Bauern zum Produktionsstreik aufzuhetzen. Daß es hierbei die bewußte Lüge begeht, es so hinzustellen, als sei die deutsche Regierung bauernfeindlich, erwähnen wir nur nebenbei, um die Wahrheitsliebe des Verfassers festzunageln.

Auch in Belgard sollte man wissen, daß unser Kampf sich gegen die agrarischen Großgrundbesitzer und die mit ihnen verfippte Clique, nicht aber gegen den fleißigen deutschen Bauern wendet. Wenn das Blatt mindestens fünfmal die ehemaligen Zivilberufe unserer heutigen Ministergenossen hervorhebt und feststellt, daß sie einst Buchdrucker und Tischler waren, so dürfte das nur allgemeine Genugtuung hervorrufen. Denn wie stände die Regierung da, wenn sie in ihren Reihen so schmierige Journalisten aufzuweisen hätte, wie jenen Artikelschreiber. Zum Schluß sei, ohne uns auf Rasseforschungen einzulassen — das überlassen wir den Belgarder Geistesgewaltigen — festgestellt, daß unser Redaktionskollege Kuttner ein Berliner Kind ist und mit Galizien so wenig zu tun hat, wie Belgard mit Berlin, falls dieses noch immer den Namen der „Stadt der Intelligenz" trägt.

Deutschösterreich verlangt Milderungen.

St. Germain, 6. August. An dem von der Entente festgesetzten Tage hat die deutschösterreichische Friedensdelegation der Friedenskonferenz eine Note überreicht, die die Einwendungen gegen den Vertrag in seiner Gesamtheit enthält.

Die Note macht den Obersten Rat darauf aufmerksam, daß Deutschösterreich nur solche Milderungen des Vertrages verlangt, die für sein Volk eine Daseinsnotwendigkeit sind. Was die Grenzfragen anbelangt, so habe sich Deutschösterreich umsonst auf das Nationalitätenprinzip und auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker berufen. Es lehne nunmehr die Verantwortung ab und gebe den Erfolg der Entente der Entscheidung der Geschichte anheim.

Deutschösterreich ist schon jetzt fest davon überzeugt, daß es die ihm von dem Vertrag aufgebürdeten ökonomischen Lasten nicht tragen könne und daß es, wenn sie nicht wesentlich gemildert würden, zusammenbrechen müßte. Dieses Bekenntnis muß so ernst genommen werden, wie es offenherzig gegeben ist. Es ist Pflicht Deutschösterreichs, zu fordern, daß seine Bürde erträglich gemacht werde. Deutschösterreich will nichts als leben. Möge ihm die Friedenskonferenz die Gewißheit geben, daß es auch leben wird können.

Die Note führt weiter aus, daß es Deutschösterreich in den nächsten Monaten unmöglich sei, Milchkühe und Vieh zu liefern, da doch seine Kinder infolge Fleisch- und Milchmangels hinsterben. Deutschösterreich muß sich unter die finanzielle Kontrolle der Ententemächte stellen lassen, erwartet aber, daß die Reparationskommission mit der durch die verzweifelte Lage gebotenen Schonung vorgehen und Deutschösterreich die notwendigen Kredite zur Beschaffung von Rohstoffen und Lebensmitteln einräumen werde.

Industrie und Handel.

Börse.

An der Börse gestaltete sich die Tendenz im Anschluß an die Behauptung in New York und London. Etwas schwächer angeboten wurden namentlich Montanwerte und Schiffahrtsaktien. Dagegen waren Farbwerke weiter erholt. Am Rüstungsaktienmarkte waren die Umsätze unbedeutend. Kanada gaben stärker nach und büßten etwa 10 Proz. ein. Von Petroleumwerten zeigte sich gute Meinung für Steaua Romana, deutsche Petroleumwerte waren schwächer, erholten sich aber später. Heimische Anleihen waren gut gehalten. Kriegsanleihen gaben mäßig nach und notierten 80%.

Groß-Berlin

Eine stürmische Beamtenversammlung.

Die „Soziale Arbeitsgemeinschaft der unteren Beamten" hatte für gestern abend nach den „Germaniasälen" eine Mitgliederversammlung der unteren Beamten aller Verwaltungen einberufen. Der Andrang war so stark, daß eine Parallelversammlung abgehalten werden mußte. Anwesend waren Vertreter des Reichspostministeriums, des Reichsamts des Innern, des preußischen Landwirtschafts- und des Justizministeriums. Redakteur Kamossa referierte über das Thema: „Wo bleibt die einmalige Beschaffungszulage?" Er berichtete kurz über die verschiedenen Eingaben an die Behörden und die Verhandlungen, die sich daran knüpften und führte dann aus: Die Verhältnisse haben sich nicht gebessert, der Amtsschimmel bewegt sich immer noch im alten Trab. Die Reichsregierung ist bereit, unsere Forderungen zu erfüllen (Stürmische Zurufe: „Wo denn?") Aber die Erfüllung scheiterte an dem Widerstand des Preußischen Ministeriums, besonders an dem des Eisenbahn- und Finanzministers (Großer Lärm. — Rufe: „Raus! Fort mit dem alten Zopf!) Aber sie werden nicht Sieger bleiben, man wird über diese Herren zur Tagesordnung übergehen. (Stürmischer lärmender Beifall.) Durch ihr Verhalten haben sie gezeigt, daß sie sich den Teufel um die Wünsche der Beamten kümmern. (Stürmische Pfuirufe.) Es liegt uns an einer Senkung der Preise mehr, als in einer Erhöhung der Gehälter. Aber man erfüllt unsere Forderungen nicht und hält auf der anderen Seite die Lebensmittelpreise künstlich hoch. Man kann es niemandem verdenken, wenn er in seiner Verzweiflung zum Streik greift. (Stürmischer Beifall.) Wir sind davon überzeugt, daß die Streiks unser Wirtschaftsleben zerrütten und vernichten, aber die verkehrte Politik der Preußischen Regierung führt dazu. Man wartet scheinbar auf einen Beamtenstreik, um dann ein Streikverbot zu erlassen. (Große Unruhe.) Für die Polizei hat die Regierung Geld übrig, ihre Neuordnung belastet den Etat außerordentlich. (Großer Lärm. Zurufe: „Judenregierung!") Die Beamten der Heeresbetriebe und des Marstalls stehen vor dem größten Elend, denn sie sollen nicht mehr voll im Staatsbetriebe belassen werden. Mit einem Appell an die Preußische Regierung, die Beamtenforderungen so schnell als möglich zu bewilligen, schließt der Redner unter stürmischem Beifall sein Referat.

Es folgen dann Ansprachen der Vertreter der unteren Heeresbeamten, der Schutzmannschaft, der unteren Justizbeamten, der unteren Post- und Telegraphenbeamten und des Weichenstellerverbandes.

Abgeordneter Remmers berichtet über die Verhandlungen des interfraktionellen Beamtenausschusses und spricht die Hoffnung aus, daß die am 12. August in Berlin beginnenden Verhandlungen zu dem gewünschten Resultat führen werden. Diese Hoffnung sei um so mehr berechtigt, als die Beamten heute das Mitbestimmungsrecht haben und in Fragen, die ihre wirtschaftliche Lage betreffen, gehört werden. Die Reichsregierung sei bereit, alles zu tun, was für die Beamten nötig ist. (Beifall.)

Als Vertreter des Reichsamts des Innern führt Geheimrat Falkenberg aus, daß es nicht richtig sei, die Schuld an dem Elend der Beamten nur auf die jetzigen Regierungsmänner abzuwälzen. Wäre man 1915 schon zur Bewilligung von Teuerungszulagen geschritten, dann würden die Beamten heute nicht in dem Elend stecken. (Sehr richtig!) Der preußische Finanzminister hat sich nie gegen die Beamtenforderungen gewandt, sondern nur immer gesagt: „Zeigen Sie mir den Ausweg, den ich verantworten kann." Es ist billiger eine einmalige Beschaffungszulage zu gewähren, als die Staatsmaschinerie durch ein Versagen der Beamtenschaft zusammenbrechen zu lassen. (Lebhafter Beifall.) Jetzt gilt es Ruhe zu bewahren und die Verhandlungen des 12. August abzuwarten. In den Regierungsstellen wird absolut nicht verkannt, daß die unteren Beamten heraufwollen ans Licht. (Beifall.) Für das Neue System wird die Parole gelten: Vorwärts und aufwärts! (Stürmischer Beifall!)

Angenommen wurden zwei Entschließungen, von denen die eine die Gleichstellung der unteren Beamten der Heeresverwaltung mit den Beamten der übrigen Reichs- und Staatsverwaltungen, die Ueberführung der eventuell überzählig werdenden Beamten dieses Ressorts in andere Verwaltungen und die Gleichstellung der trotzdem überzählig werdenden Beamten mit den unkündbar Angestellten fordert. Die andere Resolution bezeichnet die sofortige Auszahlung einer erheblichen wirtschaftlichen Beihilfe für unerläßlich. Die Finanzlage des Preußischen Staates dürfe kein Hinderungsgrund für die Auszahlung bilden. Ferner wird in ihr die einmütige Entschlossenheit der unteren Beamtenschaft bekundet, alle Mittel anzuwenden, um eine Beseitigung der wirtschaftlichen Not zu erreichen.

An den Reichsministerpräsidenten Bauer und den Preußischen Ministerpräsidenten Hirsch werden Telegramme abgesandt, in denen die Unterstützung zur Durchsetzung der Beamtenforderungen erbeten wird.

Bekleidungsfürsorge für heimkehrende Gefangene. Um den Kleidungs- und Schuhwarenbedarf der heimkehrenden Kriegs- und Zivilgefangenen decken zu können, ist der Deutsche Städtetag an die Reichsbekleidungsstelle und Reichsstelle für Schuhversorgung herangetreten mit der Bitte um Aufklärung über den gegenwärtigen Stand der Bekleidungs- und Beschuhungsfürsorge und über die Möglichkeit einer Mithilfe in gemeindlichen Kreisen. Nach Auskunft der Reichsbekleidungsstelle wird diese die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene zentral beliefern, während die Zentralstelle alsdann die Textilien an die untergeordneten örtlichen Verbände, die Kriegsgefangenenheimkehrstellen, verteilt, die ihrerseits die Sachen an die heimkehrenden Gefangenen abgibt. Zum Zwecke der Versorgung mit Schuhwerk ist bereits eine umfangreiche Hilfsaktion (u. a. Fabrikation von 500 000 Paar Männerstiefel aus Fahlleder) eingeleitet. Kriegsgefangene, welche nach ihrer Rückkehr als Berufsarbeiter tätig sind, sollen im Falle der Bedürftigkeit auf Anforderung ihrer Arbeitgeber, soweit der Vorrat reicht, mit neuem Berufsschuhwerk, andernfalls mit getragenem und instandgesetztem Militärschuhwerk in auskömmlicher Weise versorgt werden.

Ein großer Spiel- und Sportplatz in Hakenfelde. Die Spandauer Stadtverordnetenversammlung wird sich am Donnerstag mit einer Vorlage beschäftigen, die die Anlage eines großen Spiel- und Sportplatzes im Stadtteil Hakenfelde zwischen der Straße Hakenfelde, der Wichernstraße und der Bötzowbahn vorsieht. Die Anlage ist in großzügiger Weise geplant, neben einem Kampfplatz für Rasenspiele, sowie für Wurf und Sprung, sind Uebungsplätze für Hockey, Rasenspiele, Tennisplätze, Plätze für Schlagball- und Ringspiele und für Geräteturnen vorgesehen. An der Längsseite des Kampfplatzes wird eine Zuschauertribüne errichtet, die im Hauptgeschoß terrassenförmig angelegte Sitzplätze enthält und mit den Plätzen vor der Tribüne rund 1100 Zuschauer faßt. Die Kosten der Anlage stellen sich auf und 933 000 M., wovon voraussichtlich Reich und Staat einen Anteil von 400 000 M. als Ueberteuerungskosten übernehmen werden. Bereits seit einer Reihe von Monaten sind die Bauarbeiten im Gange; es ist zu hoffen, daß im zeitigen Frühjahr 1920 der Sportplatz in Betrieb genommen werden kann.

Der Kursus „Streifzüge durch die soziale Dichtung" kann wegen der noch nicht beendeten Renovierungsarbeiten in der Aula des Falk-Realgymnasiums erst am Freitag, 15. d. M., beginnen.

Ein hartnäckiger Selbstmörder. Ein 27 Jahre alter Einrichter aus der Brunnenstraße unterhielt seit längerer Zeit Beziehungen zu einer Arbeiterin. Obwohl verheiratet, wollte er mit dem Mädchen ein ernst gemeintes Verhältnis eingehen. Dieses war jedoch damit nicht einverstanden. Als seine Anträge nicht zum Ziele führten, versuchte er sich zunächst im November v. J. in der Wohnung der Arbeiterin mit Leuchtgas zu vergiften. Sein Vorhaben wurde jedoch rechtzeitig bemerkt und sein Beginnen vereitelt. Zwei Monate später, im Januar 1919, machte er, ebenfalls in derselben Wohnung, einen zweiten Selbstmordversuch. Aber auch diesmal kam rechtzeitig Hilfe. Gestern nun schloß er sich in dem Zimmer der Arbeiterin während deren Abwesenheit ein, öffnete den Gashahn und nahm sich wegen verschmähter Liebe das Leben. Wiederbelebungsversuche waren diesmal ohne Erfolg.

Beim Spielen ertrunken ist der 8 Jahre alte Schüler Ernst Hahn aus der Bärwaldstraße 16. Er fiel an der Bärwaldbrücke in den Landwehrkanal, ging unter und kam nicht wieder zum Vorschein. Seine Leiche konnte bisher noch nicht geborgen werden.

Ein 25 Kilometer-Radrennen hinter Zweisitzerführung wird der Hauptprogrammpunkt des radsportlichen Teiles der Berliner Meisterschaften sein, die am kommenden Sonntag, 4 Uhr, nachmittags, auf dem Gebiete des Schwimmens, Radfahrens und der Leichtathletik im Stadion abgehalten werden. Das Dauerrennen, an dem sich die besten Berliner Rennfahrer wie Schreifeld, Schaaf, Dobbrack, Richter, Lüderitz beteiligen, wird durch die Unterstützung durch zahlreiche Zweisitzer ein recht lebhaftes sportliches Bild bieten. Preise der Plätze 5 M. für Loge, Vorverkauf 4 M. bei A. Wertheim und in den Sportgeschäften, 2 M. für Arena-Sitzplatz.

Botanischer Garten. Der Anfang der am 13. d. M. im Botanischen Garten Dahlem beginnenden Vortragsreihe des Herrn Dr. Ulbrich über eßbare und schädliche Pilze muß wegen Erkrankung des Vortragenden auf den 27. August verschoben werden. Die gekauften Karten behalten ihre Gültigkeit oder werden zurückvergütet.

Die Lichtspiele „Neue Philharmonie", Köpenickerstr. 96/97, bringen ab Freitag „Das Narrenschloß" mit Lotte Neumann, außerdem den Film „Der Erbe von Skäldnigshoim".

Tauentzien-Palast. Freitag: Uraufführung „Falscher Start", Rennroman; ferner Uraufführung von „Eine Nacht gelebt im Paradiese", Lustspiel.

Adlershof. Aus der Gemeindevertretung. In Anwendung des Gesetzes vom 4. Juni 1919 beschloß die Vertretung, die Einkommen von 900—2700 M. in der Gemeindesteuer bis auf 50 Proz. zu ermäßigen. Die Einkommen von 6500 bis 8000 M. werden statt mit 35 Proz. nur mit einem Sonderzuschlag von 5 Proz. belegt. Zur gründlicheren Durchführung der Straßenreinigung wurde Vermehrung des Personals und die Anschaffung der nötigen Geräte beschlossen. Der Antrag der Sozialdemokraten auf Bewilligung freier Lernmittel für die Gemeindeschüler wurde nach Begründung durch den Gen. Schmalz mit der Maßgabe angenommen, daß Fibeln, sämtliche Hefte und Zeichenutensilien vom 1. Oktober ab allen Gemeindeschülern unentgeltlich zu liefern sind. Auf Antrag des Schöffen Zabel (Soz.) trat die Vertretung dem Schiedsspruch des gemeindlichen Zentralausschusses bei, nach welchem bis zum 30. September den ungelernten Gemeindearbeitern eine Uebergangsbeihilfe von 14 M., allen anderen Arbeitern eine solche von 10 M. zuerkannt wird. Der Antrag der Sozialdemokraten, eine der 3. Gemeindeschule anzugliedernde Förderklasse für Begabte einzurichten, wurde dem Kuratorium der „Höheren Schulen" und der Schuldeputation zur Ausführung überwiesen.

Wilmersdorf. Die letzte Ferien-Halbtagswanderung des Jugendamtes findet heute statt und bitten wir die Genossen, ihre Kinder mittags 12¼ Uhr zur Gemeindeschule VII in der Babelsberger Straße zu schicken. Kinderbelustigungen. Eltern (Selbstpfleger) sind willkommen.

Friedrichsfelde. Der Gaspreis für August beträgt bei Entnahme durch den Privatgasmesser 53 Pf. pro Kubikmeter und bei Automaten ein Zuschlag von 40 Pf. pro Kubikmeter.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Wittenau. Von Freitag ab auf Abschnitt 49 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte: 125 g Kefe (0,50 M.); für diejenigen, die in der vergangenen Woche nicht berücksichtigt werden konnten, der Rest erhält auf diesen Abschnitt: 250 g Rubein. Auf Abschnitt 54: 250 g Marmelade (0,65 M.), Abschnitt 66: 250 g Hülsenfrüchte (0,60 M.). Die Ware ist bis spätestens Sonnabend, den 16. d. Mts. abzuholen.

Reinickendorf. Für August entfallen auf Kinderkarte A 1 Pfund Kindergrießmehl, 4 Pakete Kefe zu je 30 Pf., 2 Pfund Zwieback, 1 Paket Puddingpulver zu 30 Pf., ½ Pfund Schokoladenpulver zu 1,60 oder, nachdem die Bestände aufgebraucht sind, 1 Tafel Schokolade (100 Gr. 1,75 M.). Auf Kinderkarte B außer Kindergrießmehl dasselbe wie auf A, und auf Kinderkarte C 4 Pakete Kefe, 1 Pfund Zwieback, 1 Paket Puddingpulver. Es dürfen nur die Monatsabschnitte von den Karten abgetrennt werden. Auf die Nummerabschnitte IV A, IV B, IV C wird nochmals verteilt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegsbinterbliebenen. Sonntagvormittag 10 Uhr: Kassenumbuchung in der Unionsbrauerei, Hasenheide 22. Mitgliedskarte ist Ausweis; Neuaufnahme im Saaleingang.

Die Zentralstelle für Volkswohlfahrt veranstaltet, wie im Vorjahr, vom 2. bis 11. Oktober 1919 im Einvernehmen mit dem preußischen Staatskommissar für das Wohnungswesen, mit dem Deutschen und Preußischen Städtetage sowie dem Groß-Berliner Verein für Kleinwohnungswesen einen Lehrgang für Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege. Der Lehrgang bezweckt die Aus- und Fortbildung der in Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege tätigen Personen.

Altersriegenturner Groß-Berlin. Am Sonntag, 4—6 Uhr, Zusammenturnen auf dem Rickelturnplatz in Treptow. Nach dem Turnen geselliges Beisammensein mit Angehörigen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Mariendorf-Südende. Sonnabend, 9. August, 8 Uhr, bei Hoch, Mariendorf, Chausseestr. 44, Ecke Bergstraße, erweiterte Vorstandssitzung. Erscheinen sämtlicher Funktionäre des Wahlvereins dringend notwendig.

Niederschönhausen. Morgen pünktlich 8 Uhr im „Schwarzen Adler", Blankenburger Str. 4: Oeffentlicher Vortrag des Genossen Ernst Heilmann, Mitgl. d. Preuß. Landesversamml., über „Freiheit oder Gewaltherrschaft". Zutritt nur mit Karten a 20 Pf.

Gewerkschaftsbewegung

Tarifverhandlungen in der Metallindustrie.

Die dreitägigen Verhandlungen zwischen dem Verband der Metallindustriellen und den Vertretern der Angestellten im Reichsarbeitsministerium unter Leitung des Regierungsrats Sitzler haben zu einer vollen Einigung über die grundsätzlichen Fragen geführt. Die beiden Parteien werden nunmehr über die endgültige Formulierung allein weiter verhandeln, so daß mit einem schnellen Abschluß des Tarifvertrages zu rechnen ist.

Streik im Münchener Versicherungsgewerbe.

Die Angestellten von 82 Münchener Provisions-Generalagenturen traten am Dienstag früh in den Streik, da die im Arbeitgeber-Reichsverband deutscher Versicherungsvertreter organisierten Provisions-Generalagenten es ablehnten, den Reichstarif für das Versicherungsgewerbe restlos anzuerkennen.

Paritätischer Stellennachweis der deutschen Bühnen

nennt sich die neue gemeinsame Einrichtung des Deutschen Bühnenvereins (Arbeitgeber) und der Deutschen Bühnengenossenschaft (Arbeitnehmer), die die für die Theater erforderlichen Personalabschlüsse zu vermitteln bestimmt ist und die die Geschäfte der bisher bestehenden Theateragenturen übernehmen soll. Dieser Stellennachweis arbeitet für Bühnenleiter und Mitglieder völlig gebührenfrei; die recht erheblichen Verwaltungskosten werden gemeinsam von beiden Körperschaften getragen. Zur Leitung der neuen Einrichtung sind seitens der Bühnenvereins Kommissionsrat Oskar Lange, seitens der Genossenschaft der bisherige langjährige Bureauchef des Deutschen Theaters Othmar Keindl bestimmt worden. — Die Bureaus nehmen die ganze zweite und dritte Etage des Hauses Roonstraße 8 ein. Den Räumen angegliedert ist ein 20 Meter langer, etwa 150 Personen fassender Saal, der zum Probesprechen und Vorsingen bestimmt ist und auf dessen besonders dazu eingerichtetem Bühnenpodium ganze Szenen und Akte aller Arten von Bühnenwerken zur Darstellung gebracht werden können. Die Eröffnung des neuen Betriebes wird Ende dieses Monats erfolgen.

Delegiertentag des Zuschneiderverbandes.

Am 3., 4. und 5. August hielt der Deutsche Zuschneiderverband im „Rheingold" seinen zwölften Delegiertentag ab, der insofern von besonderer Bedeutung war, als durch seine Beschlüsse der seit 31 Jahren bestehende Verband zu einer Angestelltengewerkschaft umgewandelt wurde.

Schon aus dem Geschäftsbericht des Verbandsvorsitzenden Schulz-Berlin ging hervor, warum die Zuschneider, die sich früher als „Vertrauensleute der Chefs" fühlten und in ihrem Verband auch Arbeitgeber als Mitglieder führten, so gründlich umgelernt haben. In den ersten Kriegsjahren gingen die Arbeitgeber rücksichtslos mit Gehaltskürzungen vor und als die Teuerung immer schwerer wurde, kamen die Zuschneider bei der Gewährung von Teuerungszulagen viel schlechter weg als die ihnen unterstellten Schneider, die sich auf ihre Kampforganisation stützten. Die Unzufriedenheit der Zuschneider steigerte sich so, daß in den letzten Monaten des vorigen Jahres in den Ortsgruppen Königsberg, Stettin, Braunschweig, Frankfurt, Breslau, Hamburg Mainz und Zürich Streiks unternommen wurden, die erfolgreich verliefen, obwohl der Verband damals noch keine Streikunterstützung eingeführt hatte. Der Arbeitgeberverband (Adav), der vorher Tarifverhandlungen abgelehnt hatte, änderte nach der Revolution seine Haltung und schloß einen Tarif ab, dessen Sätze aber auf dem Delegiertentag allgemein als unzureichend bezeichnet wurden. Der Delegiertentag stimmte dem Abschluß einer Vertragsgemeinschaft mit dem Adav zu unter der Bedingung, daß die Tarifsätze einer Revision unterzogen und beträchtlich erhöht werden.

Bei der Besprechung des Geschäftsberichts wurde von allen Rednern im Einklang mit den Ausführungen des Vorsitzenden betont, daß die Zuschneider den alten Standesdünkel ablegen und in engster Fühlung mit den Schneidern den Kampf gegen das Unternehmertum führen müßten. Ein Solidaritätsvertrag mit dem Schneiderverband, der gegenseitige Hilfe bei Lohnkämpfen vorsieht, fand die einmütige Zustimmung des Delegiertentages. Der Hauptvorsitzende des Schneiderverbandes, Stühmer, beteiligte sich an der Debatte. Ein Antrag auf Anschluß des Verbandes an die Generalkommission der Gewerkschaften wurde zurückgestellt, weil die meisten Redner betonten, daß der Verband seine Interessen besser durch die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände wahren könne, der er schon angeschlossen ist. Ein neues Statut wurde beschlossen, das eine Streikunterstützung einführt. Die Beiträge wurden entsprechend erhöht. Der Verband dehnt sein Organisationsgebiet aus auf die männlichen und weiblichen Zuschneider, Einrichter und Direktricen im gesamten Schneider- und Kürschnergewerbe und in der Wäscheindustrie. Der Name wurde geändert in „Verband der Zuschneider, Zuschneiderinnen und Direktricen". Arbeitgeber können künftig nicht mehr dem Verband als ordentliche Mitglieder angehören. Weiter wurde beschlossen, den Verband in drei Gaue einzuteilen, die von besoldeten Gauleitern geleitet werden. Der Verbandsvorsitzende Schulz-Berlin wurde einstimmig wiedergewählt, Rüsch-Berlin als zweiter Vorsitzender. In den neugeschaffenen Verbandsbeirat wurden gewählt Wangler-München, Wasmund-Hamburg, Bickert-Köln und als Ersatzmann Thiele-Königsberg.

Bund reaktionärer Gewerkschaften.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband (Sitz Hamburg), einer der eifrigsten Schleppenträger des politischen Antisemitismus, ist auf der Suche nach Bundesgenossen. Er will einen Bund von Angestellten schaffen, den er als „Kartell der deutschen Arbeit" zu bezeichnen gedenkt. Hauptsächlich möchte er sich dabei der christlichen Gewerkschaften bedienen, besonders der katholischen Verbände. Verschiedene ihm gesinnungsverwandte Angestelltenvereinigungen hat er bereits auf seine Seite gebracht, so den Kaufmännischen Verband für weibliche Angestellte in Berlin, den Deutschen Bankbeamtenverein, Berlin und noch zwei Grüppchen, den Verband der Güterbeamten und den Verband der Bureaubeamten (nicht zu verwechseln mit dem freigewerkschaftlich organisierten Bureaubeamten-Verband.)

„Christliche und nationale Weltanschauung" soll als „aussichtsvollstes Kampfmittel" gegen den „Materialismus" der links stehenden Richtungen der Angestellten dienen, d. h. nichts anderes, als daß auch hier die konservativen Ideen als Trumpf ausgespielt werden sollen. Eifrig ist man auch auf der Suche nach Organisationen technischer Angestellten, die sich diesem reaktionären Gebilde anschließen sollen; bislang freilich ergebnislos. Da trotz allem Klingeln mit seiner angeblich echten Gewerkschaftlichkeit der antisemitische Verband „Deutschnationaler" Handlungsgehilfen immer noch nicht die ihm in letzter Zeit abhanden gekommenen Mitglieder — 40 000 fehlende gab er bereits kleinlaut zu — wieder heranschaffen konnte, so ist sein Bemühen um Bundesgenossen wohl verständlich. In solchen Druckschriften greift der Deutschnationale Verband die Frauenarbeit aufs heftigste an und brüstet sich, ihr schärfster Bekämpfer zu sein. In den Versammlungen verteilt er zahllose dahinzielende Flugblätter, empfiehlt aber gleichzeitig mit wohlwollender Miene den Kaufmännischen Verband für weibliche Angestellte, wofür dieser sich beeifert, dem reaktionären Busenfreund das Verbandsbett so bequem wie möglich zu machen. Eine nette Gesellschaft.

Lohnverhältnisse der Lackierer.

Der Verband der Maler und Lackierer hatte am Mittwoch eine Versammlung für alle bei den Innungs- und Kleinmeistern beschäftigten Wagen-, Blech- und Möbellackierer veranstaltet. Drendel referierte über die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Während des Krieges habe die Branche ziemlich stillgelegen. Die Konjunktur sei jetzt aber um so besser. Es müßten jetzt auch für die kleinen Betriebe geregelte Lohnverhältnisse geschaffen werden. Es gäbe heute noch Betriebe, in denen länger als 8 Stunden gearbeitet und in denen ein Akkordlohn von 1,20 bis 1,80 M. pro Stunde gezahlt werde. Ehe ein Tarifvertrag eingereicht werden könne, müßte eine Statistik aufgenommen werden, welcher Lohn gezahlt wird und wie es überhaupt in den Betrieben aussieht.

In der Diskussion erklärte ein Redner, daß ein Kollege noch 12 bis 14 Stunden für 1,80 M. Stundenlohn arbeite. Der größte Teil der Kollegen erhalte noch 2,— bis 2,80 M. Es wurde ein Mindestlohn von 3,— M. gefordert. Allgemein wurde der Abschluß eines Tarifvertrages verlangt.

Es soll in 14 Tagen eine neue Versammlung einberufen und über den auszuarbeitenden Tarifvertrag beschlossen werden.

Oeffentliche Bankbeamtenversammlung. Freitag, den 8. August, abends 7½ Uhr, findet in den Germania-Prachtsälen, Chausseestraße 110 eine öffentliche Bankbeamtenversammlung statt, in der Herr Benno Marx vom Allgemeinen Verband der Deutschen Bankbeamten über den Stand der Gehaltsbewegung in den Banken referieren wird. Die verschiedenen Strömungen unter den Bankbeamten lassen eine lebhafte Auseinandersetzung erwarten.

Bund techn. Angestellten u. Beamten, Bezirk Nordwest-Berlin. Nächste Monatsversammlung am 11. August im Nordwest-Kasino, Alt-Moabit 55/56. Die Versammlungen finden regelmäßig jeden zweiten Montag im Monat in obigem Lokal statt und sind besonders als Zahlabend für Einzelmitglieder gedacht.

Verantw. für den redaktion. Teil: Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 3.

Lampions Riesenauswahl Stück von 20 Pf. an Kinderfackeln, Mützen, Fächer alle Artikel für Sommerfeste Feuerwerk Bengalfeuer, Verlosungsartikel für Kinderfeste, Spielwaren, große Auswahl sehr billig. Gr. III. Liste gratis u. fr. A. Maas, Berlin 35, Markgrafenstraße 84.

Hautkrankheiten
Ausschlag, Juckreiz, Haarausfall, Flechte, Räude, Krätze beseitigt auch in vorgeschrittenen Fällen durch abgekürzte Radikalkur bei mäßigem Honorar
Tierarzt Jüling, Lübbener Straße 30, Am Schlesischen Tor. 8—10 Uhr, 2—4 Uhr, Sonntags 11—1 Uhr.

Spezialist cand. med. Stephanoff
Seit 1913 Vertreter der Spezial-Aerzte
Sprechstunden 10—1 u. 6—8 Am Zirkus 4 III, gegenüb. Zirkus Schumann, n. Bhf. Friedrichst. Beratung unentgeltlich, für Behandl. Teilzahlung gestattet

Hautjucken
wird sof. beseitigt b. Einreiben mi Kosmetik-Tinktur „Frahel"
Versand gegen Nachnahme M. 5,50 durch Firma
Franz Heinrich, Berlin-Lichtenberg 70, Frankfurter Allee 237.

Amerikanische Journale Bureaubedarfsartikel Briefordner mit Hebel
Geschäftsbücher
Gebr. Scherk, Cöpenicker Str. 108.
Amt Moritzplatz Nr. 3481, 3482, 3483.

Patent-Gebrauchsmuster- und Warenzeichenanmeldungen
Gutachten in Patentstreitigkeiten, Konstruktionsdurcharbeitungen, Modellanfertigung, An- und Verkauf von Schutzrechten. Erstklassige Referenzen. 81/20*
Ing. Haven, Berlin-Friedenau, Südwestcorso 10.

Kuhla-Pianos
Verkauf im Fabrikmagazin
N 31, Wattstr. 17/18.

Elektro-Motore
Kupferdrähte und andere elektrische Materialien kauft *
Elektromechanik Zentrum
Kurzestr. 18. Tel.: Alex. 4792.

Ein Freudentag ist der Waschtag

mit dem patentierten, vollkommen selbsttätig arbeitenden „Liebigs" Dampf-Wasch-Automaten, der dauernd Arbeitszeit, Arbeitslohn, Seife und Feuerung erspart und in jedem Raum für Gas- und Küchenherd benutzbar ist, ohne jede Bedienung, größte Schonung der Wäsche, selbst mit den markenfreien Seifenersatzmitteln, wovon wir das Bestbewährte auf Wunsch liefern. Die Anschaffung wird evtl. auch durch bequeme Zahlungsweise erleichtert. Preis je nach Größe und dem zurzeit in Frage kommenden Teuerungszuschlag von 61 Mark an.
Näheres durch Preisliste V. mit Abbildungen gratis.
„Liebigs" Dampf-Wasch-Automaten-Zentrale, Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 27a.

Verkäufe

Pelzgarnituren! Wunderbare Kreuzfüchse von 100 Mark an! Alaskafüchse 75 Mark! Echte Rotfüchse 90 Mark! Elegante Silberfüchse, Steinfüchse, Zobelfüchse sowie alle anderen Pelzarten in großer Auswahl zu allerbilligsten Sommerpreisen! Herrenanzüge! Herrenpaletots! Alpacatasche! Schmucksachen! Leihhaus! Warschauerstraße 7. 114K*

Singerlangschiff, Fabrikat Wertheim, Zentralbobbin, auch gebrauchte. Kalisch, Nürnbergerstr. 64, Chausseestraße 73/74. 81K

Leiterwagen, Kastenwagen, Karren liefert billig. Großes Lager. Wagner, Cöpenicker Straße 71. 121K*

Nicht übersehen! Großer Verkauf Friedensware Tüllgardinen, Fenster von dreißig Mark, Tüllbettdecken von vierzig Mark, Divandecken von siebzig Mark, Steppdecken von dreißig Mark, Teppiche von einhundert Mark an und alles andere sehr preiswert empfiehlt Friedas Gelegenheitskaufhaus, Prinzenstraße vierundachtzig, zwei Treppen (Moritzplatz).

Sealmäntel, Kreuzfüchse. Die schönsten Sealmäntel, Kreuzfüchse, Gelegenheiten, finden Sie im Blauen Bazar, Kaiser-Wilhelmstraße 16, beim Alexanderplatz. Riesenauswahl, reell, preiswert. 104K*

Pelzwaren jeder Art, Reisemuster, spottbilliger Einzelverkauf. Engrosgeschäft Heiligegeiststraße 38 I. 114K*

Handwagen, Leiterwagen, Kastenwagen, Ersatzteile, Holzräder. Auswahl. Schmiede, Landsbergerstraße 19. 79B*

Damen kaufen jetzt enorm billig bei mir! Hochelegante Seidenkleider, Seidenmäntel, Seidenkostüme, entzückende Sommerkleider 58, 65, Tanzkleider, herrliche Farben, 72,50, Ulster, Sportjacken 65, schwarze Seidenjacketts 88, Waschröcke 35, Waschblusen 30 an, seidene Unterröcke 49,50, zurückgesetzte Kostüme, Mäntel, Stoffreste spottbillig, imprägnierte Regenmäntel. Gelegenheitskäufe. Michaelis, Mauerstraße 89, eine Treppe, gegenüber Krausenstraße. 565b*

Handleiterwagen sowie Holzräder. Kowalski, Schmidstraße 43. 40B*

Laubenkolonisten. Holzkisten und Packbretter in allen Größen verkauft Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3, 3. Hof links, 2 Tr. Geschäftszeit 8—4 Uhr. 1540B*

Nähmaschinen zu verkaufen, auch Teilzahlung gestattet. Hahn, Prenzlauerstraße 26. *

Seifenstein-Pottasche verkauft Hansa-Drogerie Berlin, Wilhelm-Stolzestraße 33 (Alex. 2908). †97

Totalausverkauf Pelzwarenhaus Wegner, Potsdamerstraße 43. Wegen Krankheit Auflösung meines Lagers. Beschleunigter Totalausverkauf sämtlicher Pelzwaren in allen nur erdenklichen Pelzarten zu fabelhaft billigen Preisen, da auf alle Fälle geräumt werden soll und muß. Nur einmalige Gelegenheitskäufe in Brillanten, Ringen, Uhren, Ketten, Ohrringen, Taschen, Börsen, Dosen, Theatergläsern und vielem anderen. Günstigste Kaufgelegenheit für Wiederverkäufer. Geöffnet von 9—1, 3—7, Sonntag geschlossen. D*

Billard-Orchester zu verkaufen. Pallasstraße 16. Kongo-Büfett. 40/7

Geschäftsverkäufe

Achtung! Geschäfte verkauft man schnellstens durch Bureau „King", Friedrichstraße 131 II. 71K*

Obst- und Gemüsegeschäft, volkreicher Gegend, billige Miete, sofort zu verkaufen. Auskunft Rolke, Schreinerstraße 4. †97

Möbel

Möbel aller Art liefert preiswert, eventuell Zahlungserleichterung. Möbelhaus Luisenstadt, Köpenickerstraße 77/78, Ecke Brückenstraße, nahe Jannowitzbrücke.

Möbel-Groß, Große Frankfurter Straße 141, zweites Geschäft: Invalidenstraße 5, Ecke Ackerstraße, liefert stets zu billigen Preisen gute Möbel gegen bar oder bequeme Teilzahlung. Kriegsbeschädigte erhalten Rabatt. Anzeige mitbringen. Wert 5 Mark.

Umbauten, Chaiselongues, englische Bettstellen, Patentmatratzen, Auflagematratzen. Tapezierer Walter, Stargarderstraße 18. Norden 5066. *

Möbelkredit. Bequeme An- und Abzahlung. Einzelne Möbelstücke sowie vollständige Wohnungseinrichtungen. Kriegsbeschädigte und Vorzeiger unserer Annonce erhalten Rabatt. Gustav Görisch, Stralauerplatz 1/2, Ecke Fruchtstraße, am Schlesischen Bahnhof. 1372K*

Metallbetten, weiß, schwarz, braun 75,—, Chaiselongues 75,—, Meicke, Auguststraße 22A, Quergebäude parterre.

Möbel-Cohn, im Osten, Große Frankfurterstraße 88 (5 Minuten vom Alexanderplatz), im Norden Badstraße Nr. 47/48, liefert auf Kredit an jedermann bei kleinster An- und Abzahlung ganze Wohnungseinrichtungen und einzelne Möbelstücke sowie farbige Küchen-Einrichtungen in bester Ausführung. Besichtigung meiner Möbel ohne jeden Kaufzwang gern gestattet. Kriegsanleihe und Sparkassenbücher nehme gern als Anzahlung. Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Lieferung frei Haus. Liefere auch nach auswärts.

Moebel-Boebel, Moritzplatz 58, Fabrikgebäude. Große Auswahl in preiswerten nußbaum Wohnzimmern, Schlafzimmern in Birke, Mahagoni, Eiche, Satinnußbaum, eichenen Speise- und Herrenzimmern, Küchenmöbeln, farbig und lackiert, Sofas und Ruhebetten. Beste Verarbeitung. Besichtigung erbeten.

Möbelgeschäft, 28 Jahre bestehend, verkauft jetzt Bellealliancestraße 14a noch zu billigen Preisen, solange Vorrat reicht, Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, moderne Küchen. Speisezimmer, Eiche, 1950,—, Schlafzimmer 650,—, Küchen 380,—, einzelne Ankleideschränke, Ruhebetten, Bettstellen, Tische, Trumeaus, Teppiche, Kronen spottbillig, verliehen gewesene, zurückgesetzte Möbel bedeutend unterm Preis. Sicheren Leuten Zahlungserleichterung. 38B*

Günstigste Gelegenheitskäufe in hochvornehmen Speisezimmern, aparten Herrenzimmern, reizenden Schlafzimmern. Besichtigung lohnt. Möbelhaus Osten, nur 30 Andreasstraße 30. *

Metallbetten, modern, Kinderbetten mit Matratze verkäuflich. Zwirn, Kossenerstraße 10. 38B*

40!!! Küchen, reizende moderne Ausführungen, farbig und lackiert, billigst Möbelhaus Osten, nur 30 Andreasstraße 30. *

Eichenen Bücher-, Wäscheschrank. Aschaffenburgerstraße 22, Portier. †183

Küchen- und Stubenmöbel zu verkaufen. C. Schulz, Gryphiusstraße 12, Quergebäude III Treppen. †104

Stuben- und Küchenmöbel, Fahrrad verkauft gewerblich, billig Waldstraße 8, vorn 1 links. 40/8

Oberbetten, Unterbetten, Bettwäsche. Lindner, Alte Jakobstraße 84 I. 8—6. 40/9

Musikinstrumente

Adam. Neue Pianos wieder in erstklassiger Qualität, Münzstraße 16. 151K*

Adam. Harmoniums, Münzstraße 16. 151K*

Adam. Stutzflügel, große Auswahl, Münzstr. 16. 151K*

Adam. Reparatur-Stimmwerkstatt, Münzstr. 16. 151K*

Nußbaumpianos, Prachtinstrument, Panzerstimmstock, Garantieschein, 2100,—, Blüthnerpiano spottbillig. Pianospeicher Alexanderstraße 37 (Alexanderplatz). 162K*

Pianos, besonders billige Gelegenheiten, gute, gebrauchte, prächtige, neue. Pianohaus Max Becker, Andreasstraße 47. 48K*

Pianos, prächtige, neue, gebrauchte, mäßige Preise, bequemste Ratenzahlung. Mietsklaviere, preiswert. Sachter, Oranienburgerstr. 42. 14K*

Rabenstein-Pianos, Friedensware, nußbaum, schwarz, großer Ton, preiswert. Münzstraße 10 III. 71K*

Pianofabrik Lehmann, Lichtenberg, Möllendorffstraße 49, bietet in ihrem Magazin, Leipzigerstraße 115, und Gr. Frankfurterstraße 106 eine sehr große Auswahl in Pianos, Harmoniums, Kunstspielpianos, Harmoniums mit eingebautem Spielapparat, Spielapparat für jedes Harmonium passend, ohne Notenkenntnisse sofort spielbar, Flügel sehr preiswert. 162K*

Bechsteinflügel, Duysenflügel, Konzertflügel 2800,—, kleiner schwarzer Stutzflügel 1960,—, verkauft Cenz, Oranienstraße 164 III. 110K*

Salonharmonium 1250,—, Konzertharmonium mit Aeolsharfe 1500,—, kleineres 650,—, gebrauchtes billigst, verkauft Berger u. Co., Oranienstraße 166. Privatverkauf 2 Eingg. 118K*

Pianos, Flügel, Harmonien, neu und gebraucht, Friedensware, größte Auswahl, günstige Zahlweise. Franz Ferd. Seydel, Spandauerstraße 13, am Rathaus. 114K*

Fahrräder

Fahrraddecken, Schläuche, billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Schwandtke, Linienstraße 18. 40/2*

Herrenfahrrad mit neuen Schläuchen und Mänteln, Friedensgummi für 350 verkäuflich. Franz Bolker, Neukölln, Herrfurthstraße 23. †132

Fahrradgummi, neu, verkauft Zimmer, Trebbinerstraße 12, Hof III. 3547b

Kaufgesuche

Platin-, Gold- und Silberabfälle, Quecksilber, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, Tafelaufsätze, Tressen, photographische Rückstände, Papiere, Glühstrumpfasche, alte Zahngebisse, salpetersaures Silber, deren Rückstände und Gekrätze usw. kauft Platin- und Silberschmelzerei Prob, Berlin, Cöpenickerstraße 29. Telephon: Moritzplatz 3476. Eigene Schmelze, direkte Verwertung.

Platin, Silber, zu Originalschmelzpreisen kauft Metallschmelze Cohn, Brunnenstraße 11, Hof, und Neukölln, Kaiser-Friedrichstr. 229 (nahe Hermannplatz). 134K*

Messingabfälle! Quecksilber! Kupferabfälle! Zinnabfälle! Aluminiumabfälle! Stanniolpapier! Bleiabfälle! Zinkabfälle! Platinabfälle! Zahngebisse! Bruchgold! Silberbruch! höchstzahlend! Fabrikpreise! „Metallschmelze Baruch", Fennstraße 49. *

Elektrische Installationsmaterialien kauft laufend Fischer, Brandenburgstraße 9. Moritzplatz 13962. 162K*

Leim, Schellack, Bleiweiß, Firnis kaufen Gebrüder Bomowski, Gneisenaustraße 5, Kollendorf 2879. 120B*

Goldankauf, Platin, Zahngebisse in Gold, Silber, Frau Knuth, Elsenerstraße 54 II. *

Metalle jeder Art zu höchsten Preisen kauft jeden Posten Zweig, Invalidenstraße 142, Norden 9649. *

Kupferabfälle! Quecksilber, Messing, Zinn, Nickel, Zink, Blei, Aluminium, Stanniol, Zahngebisse, Glühstrumpfasche, Platin, Bruchgold, Silberbruch, Ketten, Ringe, höchstzahlend. „Metallschmelze Cohn", Brunnenstraße 11 und Neukölln, Kaiser-Friedrichstraße 229 (nahe Hermannplatz). 134K*

Zelluloidabfälle, Schallplatten, Wachswalzen, Glühstrumpfasche kauft „Metallkontor", Alte Jakobstr. 128, Ecke Hollmannstraße. (Moritzplatz 12 858.) 114K*

Klavier oder Flügel, eventuell Harmonium, kauft Schachtschneider, Buckowerstraße 14 III, Preisangabe erbeten. 118K*

Platinankauf. Goldabfälle, Silberabfälle, Zahngebisse, Münzen. Frau Linke, Blücherstraße 40. 153K*

Platinabfälle. Gramm bis 36 Mark. Zahngebisse in Platin, Gold, Kautschuk zu höchsten Preisen kauft Metallkontor Alte Jakobstraße 128, Ecke Hollmannstraße. Moritzplatz 12858. 114K*

Metallabfälle, Kupfer, Messing, Zinn, Nickel, Zink, Aluminium, Quecksilber, photographische Rückstände, Platin, Gold- und Silberabfälle, sowie alle anderen Metalle kauft „Metallkontor", Alte Jakobstraße 128, Ecke Hollmannstraße. Tel.: Moritzplatz 12 852. 114K*

Elektrische Leitungsdrähte, Litzen, Kabel kauft preiswert E. Schumann, Große Frankfurterstraße 21 II. Königstadt 9814. 71K*

Platinabfälle! Zahngebisse, Goldabfälle, Silberabfälle, Quecksilber, Glühstrumpfasche, Militärtressen, Stanniolpapier, Kupfer, Messing, Zinn, Aluminium, Zink, Blei höchstzahlend. Edelmetall-Einkaufsbüro, Schmelzerei Weberstraße 21, Alexander 4343. *

Kupferdrähte, Elektromotoren, Kinoapparat, neu und gebraucht, kauft Manigwesenstraße 1, Ecke Lindenstraße, Moritzpl. 12 698. 128B*

Firnis, Schellack, Terpentin, Lacke, Oele usw. kauft jeden Posten, Handlung chemischer Produkte, O. 34, Wilhelm-Stolzestraße 28. *

Bierapparate, auch Zubehör, Ladentische, Büfetts, Tische, Stühle, Konditorei-, Bäckerei-Einrichtungen kaufen laufend alt und neu Schlüter u. Co., Dragonerstr. 14. 174K*

Leitungsdrähte, Kabel, Litzen, Anker-, Spuldraht, Wachsdraht kauft höchstzahlend Elektrabureau Oranienstraße 190, Moritzplatz 4016.

Spiralbohrer, Werkzeuge kauft laufend jeden Posten, Schröder, Prinzenstraße 66. *

Firnis, Leim, Schellack, Malerartikel kauft bestzahlend Oranienburgerstraße 12, im Laden. 117K*

Unterricht

Zeitungsträgerin verlangt Vorwärts-Spedition Berlin-Schöneberg, Belzigerstraße 27.

Bildungskurse. Meine Vorträge über Volkswirtschaft und Sozialismus mit anschließender freier Aussprache sowie Ausbildung in der Redekunst beginnen am 8. August im Auguste-Gymnasium, Cauerstraße 37 (Charlottenburg). Vorkenntnisse nicht vorausgesetzt. Unterrichtszeit: Dienstag und Freitag 6—8 abends. Kursusdauer zirka 6 Wochen. Gebühr 5 Mark. Schriftliche Meldung an A. Gebhardt, Charlottenburg, Guerickestr. 4.

Tanz-Schule Heinrich, Große Frankfurterstraße 30. Beginn der neuen Kurse am Sonntag, den 10. August. Anmeldungen frühzeitig erbeten.

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Smienta, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV. *

Tanzschule Friedrich, Dresdenerstraße 32/33. Anfang August beginnen neue Herbstzirkel. Wochentagskurse, Sonntagskurse. 40/4*

Verschiedenes

Selbstgeber vergibt Darlehen in jeder Höhe, auch an Damen. Danziger, Berlin, Bhamstraße 17. 106K*

Kostenlose Rechtsberatung! Eherechts-, Strafrechts-Spezialist! Prozeßführung! Gesuche! Rechtsbüro Neukölln, Berlinerstraße 102 (Hermannplatz). 62K*

Kunststopferei Große Frankfurter Straße 87. 68K*

Erfinder. Patentbureau Podlscher, Gertraudtenstraße 15. Zentrum 7600. 75K*

Landrichter, außergerichtlich, Prozeßführung, Rechtsberatung, Ermittelungen, Rat kostenlos. Lothringerstraße 47 (Rosenthalertor). 168K*

10 000 Reklamezettel 10,—. Buchdruckerei Alte Jakobstraße 48a. 101K*

Schankgeschäfte, Weinstuben, Konditoreien, einfach und elegant, richten komplett ein, auch auf Teilzahlung. Bierapparatefabrik Schlüter u. Co., Dragonerstraße 14. 174K*

30,— 50,— Mark können Frauen nebenbei leicht verdienen. Keine Versicherung oder Schreib- und Heimarbeit. Meldungen „A. F." Annoncenbureau Rauch, Gleditschstraße. 3543b

Vermietungen

Mietgesuche

Drei- oder Zweizimmerwohnung von Brautpaar gesucht, eventuell tausche freundliche Einzimmerwohnung. Angebote unter M. 51 Hauptexpedition Vorwärts. 3543b

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Elektromonteure sofort gesucht. Elektrasicherung Friedrichstraße 234. 3546b

Musiklehrlinge stellt jederzeit ein A. Kiesaut, Stadtkapellmeister, Friesack (Mark).

Tüchtige Verkäuferin aus der Materialwarenbranche, mit Kartensystem vertraut, für Steglitz, Friedenau, Schöneberg, Charlottenburg, Lichterfelde, Südende gesucht. Vorstellung beim Beamtenwirtschaftsverein zu Berlin-Tempelhof, Germaniastraße 47-49. 72/9*

Zeitungsausträgerin verlangt die Vorwärtsausgabestelle Ackerstraße 174, am Koppenplatz. *

Zeitungsausträgerin verlangt Vorwärts-Spedition, Prinzenstraße 81. *

Landarbeiterinnen, nahe Berlin, für städtisches Gut verlangt durch Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, Rückerstraße 9 (8—3). Meldung mit Papieren bei kostenloser Vermittlung. 135B*